mittein waren*. Dieser enge Zusammenhang aller drei Gesetze macht es m. E. erforderlich, die Auslegung solcher Begriffe, die von ihnen gemeinsam verwendet werden, weitgehend einheitlich vorzunehmen. Und hier scheint mir, als ob das DevG uns einen Schritt vorwärts bringen kann.

Nach § 19 Abs. 1 Ziff. 2 DevG wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig ohne Genehmigung oder entgegen den Bedingungen einer Genehmigung einen Devisenwertumlauf veranlaßt oder durchführt. Was unter Devisenwertumlauf zu verstehen ist, sagt § 7 DevG, wo u. a. in iZiff. 4 die Ein- und Ausfuhr von Devisenwerten über die Grenze sowie die Durchfuhr durch das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik genannt werden.

Nach dieser Bestimmung besteht m. E. kein Zweifel daran, daß das Transportieren von Devisenwerten zur Grenze hin, also das bloße Mitführen, noch nicht als vollendeter Verstoß gegen das DevG angesehen werden kann. Auch hier muß darauf hingewiesen werden, daß, wenn das Gesetz eine Genehmigung für die Ausfuhr von Devisenwerten vorsieht⁴, damit die Genehmigung für die wirkliche Verbringung über die Staatsgrenze

gemeint ist und nicht etwa für das bloße Mitführen der Devisenwerte zur Staatsgrenze hin.

Allerdings muß man sich hier den Einwand gefallen lassen, daß gerade das DevG für den Versuch keine Strafbarkeit vorsieht. Es erscheint mir jedoch unmöglich, allein auf Grund dieses Einwandes wichtige Prinzipien bei der Auslegung von Begriffen zu ignorieren. Wenn tatsächlich die fehlende Bestimmung über die Strafbarkeit des Versuchs im DevG als Mangel empfunden würde — bisher sind mir solche Hinweise nicht bekannt geworden —, dann müßte ihm m. E. durch den Gesetzgeber selbst übegeholfen werden. Es sei nur am Rande vermerkt, daß bei schwereren Verstößen gegen das DevG auch die versuchte Tat strafbar ist. Das ergibt sich aus § 19 Abs. 2 DevG, wonach in schweren Fällen auf Zuchthaus zu erkennen ist. Da das Gesetz im einzelnen die Merkmale des schweren Falles — wenn auch nur beispielhaft — anführt und dadurch eine gewisse Verselbständigung der dort beschriebenen Handlungen erfolgt, bestehen keine Bedenken, in diesen Fällen die Strafbarkeit des Versuchs zu bejahen⁶ 12.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß die ausweitende Auslegung des Begriffs des „Ausführens“ entschieden abzulehnen ist.

⁴ vgl. die durch § 22 Abs. 2 DevG aufgehobenen §§ 4-11 der AO.

⁵ vgl. hierzu § 10 Abs. 2 DevG.

⁶ vgl. hierzu auch Frenzei, Nochmals: Zur Aufklärung von versuchten Delikten, NJ 1958 S. 22 ff.

II

Von OTTO CZERWON, Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt der DDR*

Die Frage: Versuch oder Vollendung? ist bei der Anwendung der AO über die Ein- und Ausfuhr von Zahlungsmitteln nicht nur vom Bezirksgericht Erfurt¹, sondern auch vom 2. Strafsenat des Obersten Gerichts dahingehend entschieden worden, daß es zur Vollendung des Vergehens der Ausfuhr von Zahlungsmitteln nicht erforderlich ist, daß das Geld bereits nach Westdeutschland bzw. Westberlin gelangt ist. Das Oberste Gericht hat in seiner unveröffentlichten Entscheidung vom 2. Dezember 1954 — 2 Zst II 221/54 — dazu u. a. folgendes ausgeführt:

„Ein Ausführen von Geld ist bereits gegeben, wenn z. B., wie im vorliegenden Fall, bei einer Reise nach Westdeutschland — auch wenn es sich um eine legale Grenzüberschreitung handelt — ein die Höhe des gesetzlich zulässigen Betrages übersteigender Geldbetrag nach Westdeutschland ausgeführt werden soll. Gleiches gilt für das Ausführen von Geld nach Westberlin ... Nur so kann der mit der Anordnung bezweckte Erfolg des wirksamen Schutzes unserer Währung verwirklicht werden ... Würde ein vollendetes Ausführen i. S. des § 1 der AO vom 23. März 1949 erst darin erblickt werden, wenn das Geld bereits über die Demarkationslinie gebracht worden ist, dann wäre überhaupt keine Möglichkeit mehr gegeben, einen Töter, der am Kontrollpunkt gestellt wird, wegen vollendeter Ausfuhr von Geld zu bestrafen.“

Beide Entscheidungen finden die vollste Zustimmung der Obersten Staatsanwaltschaft. Der Entscheidung des Obersten Gerichts lag ein entsprechender Kassationsantrag des Generalstaatsanwalts, zugrunde, und die Entscheidung des Bezirksgerichts Erfurt stützt sich wiederum auf das Urteil des Obersten Gerichts, das sich auf ein Urteil eines der Kreisgerichte des Bezirks Erfurt bezieht.

Zu der Entscheidung des Bezirksgerichts Erfurt hat es in der „Neuen Justiz“ keine Diskussion gegeben, was darauf schließen läßt, daß diese Entscheidung allgemein gebilligt wurde. Lediglich Hinderer hat gegen das Urteil Stellung genommen². Seine Begründung vermag jedoch keineswegs zu überzeugen. Hinderer stellt z. B. dem Begriff des Ausführens den Begriff des Tötens gern. § 212 StGB gegenüber und schließt daraus, daß — ebenso

wie der Begriff des Tötens die Verursachung des Todes eines anderen Menschen verlange — der Begriff des Ausführens nicht nur die Tätigkeit des Ausführens, sondern die Tatsache, daß die auszuführenden Gegenstände bereits das Währungsgebiet der DDR verlassen haben müßten³ beinhalte. Zu diesem Fehlschluß kommt Hinderer offenbar deshalb, weil er übersieht, daß Tötungsdelikte Erfolgsverbrechen sind, während Verstöße gegen die AO über die Ein- und Ausfuhr von Zahlungsmitteln Begehungsdelikte sind. Für die Beurteilung, ob Versuch oder Vollendung vorliegt, ist aber die Frage nach der Deliktsart von wesentlicher Bedeutung. Hierzu ist es notwendig, nochmals eine Entscheidung des Obersten Gerichts zu zitieren. Das Oberste Gericht führt in seinem Urteil vom 14. Dezember 1950 — 2 Zst 66/50 — aus:

„Eine strafbare Handlung ist dann vollendet, wenn sämtliche Tatbestandsmerkmale verwirklicht worden sind. Ob dies der Fall ist, muß bei jedem einzelnen gesetzlichen Tatbestand besonders geprüft werden, da das Gesetz bei den einzelnen Delikten verschiedenartige Voraussetzungen für deren Verwirklichung verlangt. Soweit es zur Vollendung der Tat das Eintreten eines bestimmten Ergebnisses verlangt, also einen Erfolg, kann die Frage, ob dieser Erfolg eingetreten ist, zunächst nur aus dem jeweiligen gesetzlichen Tatbestand bestimmt werden. Es kommt daher für die Vollendung einer Tat nicht darauf an, ob der Täter das, was er bezweckte, voll erreicht hat, sondern darauf, ob seine Tätigkeit den vom Gesetz geforderten Erfolg gehabt hat. Nur wenn dieser gesetzlich geforderte Erfolg noch nicht eingetreten ist, kann in den Fällen, die einen solchen verlangen, Versuch vorliegen.“⁵

Daraus ist zu folgern, daß bei Straftatbeständen, die in ihrer Tatbestandsbeschreibung keinen bestimmten Erfolg verlangen, ein vollendetes Delikt immer dann vorliegt, wenn der Täter alle vom Gesetz geforderten Tatbestandsmerkmale erfüllt hat und kein weiteres Tätigwerden seinerseits mehr erforderlich ist, um zu seinem erstrebten Ziel zu kommen. Diese vom Obersten Gericht entwickelten Grundsätze haben auch Eingang in die Wissenschaft gefunden:

„Die einfachen Begehungsverbrechen sind dann vollendet, wenn der Verbrecher das im Tatbestand der besonderen Strafrechtsnorm gekennzeichnete

* Der nachfolgende Beitrag stellt keine Erwiderung auf den Artikel von Kermann dar, sondern ist unabhängig davon entstanden. D. Red.

¹ NJ 1956 S. 30.

² NJ 1956 S. 682 unter Ziff. 4, dritter Absatz.

³ OSt Bd. I S. 290.